

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Georg Link, Katharina Willkomm, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/11116 –**

Europa konkret machen – Grenzüberschreitendes Zusammenleben mit den Benelux-Staaten verbessern

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion plädiert für einen Ausbau der bereits engen Beziehungen zwischen den Benelux-Ländern und Deutschland, um bestehende Hindernisse zu überwinden und die Errichtung von neuen Hürden für das grenzüberschreitende Zusammenleben zu verhindern. Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, 1. niederschwellige Bildungsangebote und grenzüberschreitend ausgerichtete Schulpartnerschaften zu unterstützen, die das Erlernen der Sprache des Nachbarn ermöglichen; 2. die Anerkennung von Berufsqualifikationen zu erleichtern und rechtliche wie praktische Hürden für das Arbeiten im Nachbarland weiter abzusenken; 3. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Vernetzung von Hochschulen, insbesondere im grenznahen Bereich, zu fördern und den Schulwechsel über die Grenze hinweg zu erleichtern; 4. die reformierte Entsenderichtlinie derart in nationales Recht umzusetzen, dass Entsendungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Deutschland und von Deutschland aus auch in Zukunft unkompliziert und unbürokratisch durchgeführt werden können; 5. sich im Rat der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die geplante Europäische Arbeitsbehörde auch darauf ausgerichtet wird, Entsendungen zwischen den Mitgliedstaaten zu vereinfachen; 6. die grenzüberschreitende Mobilität zu erleichtern; 7. zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität die Zusammenarbeit zwischen Ermittlungsbehörden zu intensivieren; 8. dem vorliegenden Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext und der diesbezüglichen legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2019 jeweils eine klare Position einzunehmen und diese dem Deutschen Bundestag mitzuteilen; 9. zusammen mit den Benelux-Ländern Ausschüsse für grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzurichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/11116 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Ursula Groden-Kranich
Berichterstatterin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ursula Groden-Kranich, Dr. Daniela De Ridder, Dr. Roland Hartwig, Renata Alt, Stefan Liebich und Manuel Sarrazin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/11116** in seiner 107. Sitzung am 27. Juni 2019 in erster Lesung beraten und zur Beratung dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion plädiert für einen Ausbau der bereits engen Beziehungen zwischen den Benelux-Ländern und Deutschland, um bestehende Hindernisse zu überwinden und die Errichtung von neuen Hürden für das grenzüberschreitende Zusammenleben zu verhindern. Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, 1. niederschwellige Bildungsangebote und grenzüberschreitend ausgerichtete Schulpartnerschaften zu unterstützen, die das Erlernen der Sprache des Nachbarn ermöglichen; 2. die Anerkennung von Berufsqualifikationen zu erleichtern und rechtliche wie praktische Hürden für das Arbeiten im Nachbarland weiter abzusenken; 3. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Vernetzung von Hochschulen, insbesondere im grenznahen Bereich, zu fördern und den Schulwechsel über die Grenze hinweg zu erleichtern; 4. die reformierte Entsenderichtlinie derart in nationales Recht umzusetzen, dass Entsendungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Deutschland und von Deutschland aus auch in Zukunft unkompliziert und unbürokratisch durchgeführt werden können; 5. sich im Rat der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die geplante Europäische Arbeitsbehörde auch darauf ausgerichtet wird, Entsendungen zwischen den Mitgliedstaaten zu vereinfachen; 6. die grenzüberschreitende Mobilität zu erleichtern; 7. zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität die Zusammenarbeit zwischen Ermittlungsbehörden zu intensivieren; 8. dem vorliegenden Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext und der diesbezüglichen legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2019 jeweils eine klare Position einzunehmen und diese dem Deutschen Bundestag mitzuteilen; 9. zusammen mit den Benelux-Ländern Ausschüsse für grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzurichten.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/11116 in seiner 38. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 25. September 2019

Ursula Groden-Kranich
Berichterstatlerin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatlerin

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatler

Renata Alt
Berichterstatler

Stefan Liebich
Berichterstatler

Manuel Sarrazin
Berichterstatler

